Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7998**

17. Wahlperiode 30. 11. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/4198 –

Nichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen registrieren und kontrollieren

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass die Privatisierung von Sicherheits- und Militäraufgaben ein finanziell lukrativer und dynamischer Geschäftsbereich sei. Gleichzeitig habe die Tätigkeit von privaten militärischen Sicherheitsfirmen in den letzten Jahren international zu teilweise erheblicher Kritik geführt. Im Juni 2009 habe der Europarat Forderungen aufgestellt, um eine bessere Regulierung dieser Firmen zu erreichen. Im März des gleichen Jahres habe der Deutsche Bundestag die Bundesregierung bereits zu einer Reihe von Regulierungsmaßnahmen aufgefordert, die bisher nicht umgesetzt seien.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf nationaler Ebene eine Registrierungs- und Mitteilungspflicht für die in Deutschland ansässigen privaten Sicherheitsfirmen und Militärdienstleister und ihre ausländischen Vertragsabschlüsse sowie ein Lizenzierungssystem für militärische Dienstleistungen und einen Genehmigungsvorbehalt für die Weitergabe von technischem und militärischem Know-how einzuführen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, den Deutschen Bundestag mit einem jährlichen Bericht über die von ihr in Anspruch genommenen privaten militärischen Sicherheitsunternehmen sowie regelmäßig über bedeutsame Entwicklungen und Planungen zu informieren und ihm Verträge über einen Betrag von 1 Mio. Euro vorzulegen. Auf internationaler Ebene wird die Bundesregierung aufgefordert, die Konvention gegen die Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern von 1989 zu ratifizieren sowie im Rahmen der Vereinten Nationen auf die Spezifizierung und Ergänzung der Konvention hinzuarbeiten, für internationale Einsätze die Legalisierung des Geschäftsbereichs voranzutreiben und dem Deutschen Bundestag nach einem Jahr über die diesbezüglichen Bemühungen und Erfolge zu berichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/4198 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2011

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose
Stellvertretender Vorsitzender

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Bijan Djir-Sarai, Jan van Aken und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4198** in seiner 84. Sitzung am 20. Januar 2011 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass die Privatisierung von Sicherheits- und Militäraufgaben ein finanziell lukrativer und dynamischer Geschäftsbereich sei. Gleichzeitig habe die Tätigkeit von privaten militärischen Sicherheitsfirmen in den letzten Jahren international zu teilweise erheblicher Kritik geführt. Im Juni 2009 habe der Europarat Forderungen aufgestellt, um eine bessere Regulierung dieser Firmen zu erreichen. Im März des gleichen Jahres habe der Deutsche Bundestag die Bundesregierung bereits zu einer Reihe von Regulierungsmaßnahmen aufgefordert, die bisher nicht umgesetzt seien.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf nationaler Ebene eine Registrierungs- und Mitteilungspflicht für die in Deutschland ansässigen privaten Sicherheitsfirmen und Militärdienstleister und ihre ausländischen Vertragsabschlüsse sowie ein Lizenzierungssystem für militärische Dienstleistungen und einen Genehmigungsvorbehalt für die Weitergabe von technischem und militärischem Know-how einzuführen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, den Deutschen Bundestag mit einem jährlichen Bericht über die von ihr in Anspruch genommenen privaten militärischen Sicherheitsunternehmen sowie regelmäßig über bedeutsame Entwicklungen und Planungen zu informieren und ihm Verträge über einen Betrag von 1 Mio. Euro vorzulegen. Auf internationaler Ebene wird die Bundesregierung aufgefordert, die Konvention gegen die Rekrutierung, Verwendung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern von 1989 zu ratifizieren sowie im Rahmen der Vereinten Nationen auf die Spezifizierung und Ergänzung der Konvention hinzuarbeiten, für internationale Einsätze die Legalisierung des Geschäftsbereichs voranzutreiben und dem Deutschen Bundestag nach einem Jahr über die diesbezüglichen Bemühungen und Erfolge zu berichten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 59. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 68. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 56. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 106. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenreche und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 49. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 49. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/4198 in seiner 50. Sitzung am 30. November 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 30. November 2011

Roderich Kiesewetter
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Jan van Aken
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333